

Jugendvertretungen in Brandenburg

Befragungsworkshop des Forschungsprojekts
„Repräsentative Beteiligungsformate“

Workshopbericht



Potsdam, 12. April 2018



FACHSTELLE KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNG BRANDENBURG

Diese Dokumentation wird vorgelegt von Kijubb, der Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg. Die Fachstelle ist ein Projekt des Paritätischen Landesverbandes Brandenburg. Sie unterstützt die Partizipation junger Menschen vor allem auf der kommunalpolitischen Ebene, aber auch in vielen anderen Bereichen.

■ www.kijubb.de

Chancen und Grenzen von Jugendvertretungen in Brandenburg

Wie steht es in Brandenburg mit der kommunalpolitischen Beteiligung von Kindern und Jugendlichen? Welche Rechte und Einflussmöglichkeiten haben Kinder- und Jugendvertretungen? Wie werden sie personell und sachlich unterstützt? Und was müsste besser werden? Diese Themen standen bei dem Befragungsworkshop im Mittelpunkt, zu dem die Fachstelle Kinder- und Jugendbeteiligung Brandenburg (Kijubb) gemeinsam mit Prof. Dr. Waldemar Stange von der Leuphana Universität Lüneburg am 12. April 2018 in das Potsdamer Freiland eingeladen haben. Teilgenommen haben insgesamt 20 Jugendliche aus den Jugendvertretungen Senftenberg, Rathenow, Prignitz, Lindow und Wittstock und ihre Betreuerinnen und Betreuer.

Der Befragungsworkshop fand im Rahmen des Forschungsprojektes „Repräsentative Beteiligungsformate für Kinder und Jugendliche auf kommunalpolitischer Ebene“ des Bundesjugendministeriums und des Deutschen Kinderhilfswerkes e.V. statt.

Gerade angekommen - erstmal in der Sonne entspannen



Die Jugendlichen brachten ganz verschiedene Aspekte und Perspektiven ein - auch wegen der unterschiedlichen Voraussetzungen: Die jüngste Teilnehmerin war erst 12, die älteste 23 Jahre alt. Dazu kommt, dass die Jugendparlamente in Senftenberg und Rathenow nach 20 bzw. 15 Jahren aktiver Arbeit fest im kommunalpolitischen Raum verankert sind und mittlerweile einen großen Erfahrungs- und Kenntnisstand angesammelt haben, während die Vertretungen in Prignitz und Wittstock erst etwa 1,5 Jahre arbeiten und sich noch orientieren müssen.

Prof. Dr. Waldemar Stange, Leiter des Projektes „Repräsentative Beteiligungsformate“, und seine Mitarbeiterin Claudia Brunsemann waren aus Lüneburg angereist, um mit Katja Stephan von Kijubb gemeinsam durch die Veranstaltung zu führen. Prof. Dr. Stange setzt sich schon seit Jahrzehnten für die Förderung der Partizipation junger Menschen ein. Ursprünglich war das, wie er erzählte, eine spontane Idee. „Wenn wir mal groß sind,





Prof. Dr. Waldemar Stange und Claudia Brunsemann (unten), beide von der Leuphana Universität Lüneburg, leiteten den Workshop gemeinsam mit Katja Stephan von Kijubb.

machen Demokratie“, hatten er und seine Freunde als junge Studierende in einer Kneipe beschlossen. Für ihn wurde daraus ein Lebenswerk. Heute leitet er beim Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik der Leuphana Universität Lüneburg unter anderem das Forschungsprojekt „Jugend-Demografie-Dialog“.

Hintergrund der Befragung

Wie Prof. Dr. Stange erklärte, ist bislang nur wenig darüber bekannt, wie und unter welchen Bedingungen Kinder- und Jugendvertretungen in Deutschland arbeiten. Das Bundesjugendministerium und das Deutsche Kinderhilfswerk möchten diese Informationen deshalb über eine deutschlandweite Befragung einholen. „Repräsentative Beteiligungsformate“ heißt dieses Untersuchungsprojekt etwas sperrig und allgemein. Gemeint sind Formen der Beteiligung, in denen die Interessen der Kinder und Jugendlichen in kommunalen Gremien von dafür Beauftragten vertreten, also repräsentiert werden. Ein weiterer Grund für den etwas schwer verständlichen Projekttitel ist, dass es für die Jugend-Beteiligungsgremien sehr unterschiedliche Bezeichnungen

- z.B. „Kinder- und Jugendparlament“, „Jugendbeirat“ oder „Kinder- und Jugendforum“ - gibt. Da liegt die Vermutung nahe, dass dahinter verschiedene Organisationsformen stehen, obwohl inhaltlich dasselbe gemeint ist.

Projektziel

Das Projekt will drei Bereiche erforschen:

- die Bedingungen, unter denen Jugendvertretungen arbeiten,
- ihre Rechte und Handlungsmöglichkeiten
- und das, was sie leisten.

Anders ausgedrückt: Es soll untersucht werden, wie die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen auf der Kommunalebene funktioniert, welche Mitbestimmungsrechte es gibt und welche Unterstützung sie erhalten.

Der UNO zeigen, dass es voran geht

Das zu erfahren ist aus zwei Gründen wichtig: Deutschland hat sich mit der Unterzeichnung der UN-Kinderrechtskonvention im Jahr 1992 dazu verpflichtet, Kinder und Jugendliche an allen Entscheidungen zu beteiligen, die sie betreffen. Die deutsche Regierung muss der UNO alle vier Jahre in einem sogenannten Staatenbericht darlegen, wie diese Verpflichtung im Land konkret umgesetzt wird. Die bisherigen Berichte haben gezeigt,

Befragung der Jugendvertretungen

dass es damit nicht richtig vorangeht. Ein Beispiel dafür ist, dass es in Deutschland nur 600 Kinder- und Jugendvertretungen gibt. Verglichen mit der Anzahl der Städte und Gemeinden entspricht das einem Anteil von gerade einmal 5 Prozent. Da gibt es wohl Nachbesserungsbedarf.

Der nächste Staatenbericht muss Ende 2018 eingereicht werden. Die Regierung hofft, dort belegen zu können, dass es mittlerweile Fortschritte bei der politischen Partizipation von Kindern und Jugendlichen gegeben hat.

Mitbestimmung verbessern

Gleichzeitig soll die Befragung dazu beitragen, dass das Recht auf Beteiligung besser umgesetzt wird. Dafür wird untersucht, welche Arbeitsbedingungen, welche Unterstützung und Aus-

Deutschland wurde früher schon von der UNO gerügt, weil es die UN-Kinderrechtskonvention ungenügend umgesetzt hatte.

stattung und welche Rechte Kinder- und Jugendvertretungen brauchen, damit sie erfolgreich arbeiten können. Hier geht es also auch darum, die organisatorischen Verhältnisse zu verbessern und die Zuständigkeitsbereiche zu erweitern.

„Gute Vertretungen“, so Prof. Dr. Stange, „brauchen ein breites Themenspektrum.“ Dabei geht es ihm nicht nur um eine möglichst frühe Förderung der Demokratie, sondern auch um gute Politik: „Die Kommunen profitieren von den Jugendlichen“, betonte er, „denn sie haben eine andere Perspektive als Erwachsene und können deshalb neue und andere Aspekte einbringen.“

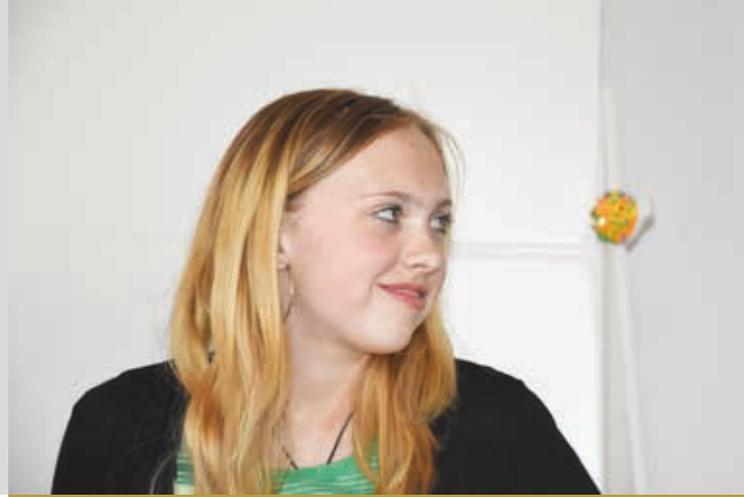
Es geht also darum, den Beteiligungsprozess so zu gestalten und zu strukturieren, dass er zu wirksamer Mitwirkung führt. Und besonders erfreulich: Das Bundesjugendministerium will die Sicherung und den Ausbau der Beteiligungsmöglichkeiten mittelfristig programmatisch fördern.

Ziele der Werkstatt waren zusammengefasst:

- den Fragenbogenentwurf für die Betreuerinnen testen und verbessern. Er soll im Juni 2018 ausgewertet werden
- grundlegende Informationen zur Arbeitsweise und zu den Arbeitsbedingungen der Jugendvertretungen einholen.

Links: zwei Betreuerinnen; unten: einige der ange-reisten Jugendvertreterinnen und -vertreter aus Prignitz und Wittstock





Der Workshop

Vor der eigentlichen Arbeitsphase ging es zunächst ums Kennenlernen, für das Claudia Brunsemann gleich mehrere Spiele vorbereitet hatte. Wie es nun in Brandenburg mit Jugendvertretungen aussieht und was an Unterstützung und Ausstattung benötigt wird, wurde über große Pinnwände abgefragt, die mit Fragen beschriftet waren. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten für ihr Antworten Karteikarten, die auf den Wänden zusammengestellt wurden.

Insgesamt waren es 18 Fragen. Für diese Dokumentation werden die Antworten nach Bereichen sortiert und zusammengefasst.

Ausstattung, Unterstützung und inhaltliche Einführung

Der erste Fragenbereich betraf die räumliche und personelle Ausstattung der Jugendvertretungen:

- Wie wird eure Arbeit in der Jugendvertretung unterstützt (Geld, Betreuung, Technik, Homepage, Räume, Fortbildung u.ä.)?
- Welche weiteren Unterstützungen sind eurer Meinung nach notwendig, damit eure Jugendvertretung gut funktionieren kann?

In der Auswertung der Antworten zeigt sich, dass es dort besonders gut läuft (z.B. in der Jugendvertretung Rathenow), wo die Stadt viel an materieller und personeller Unterstützung bereitstellt - also Räume, Technik, Geld, Fortbildungsmöglichkeiten sowie Betreuerinnen und Betreuer. Das ist vor Ort sehr unterschiedlich. Eigene Büros sind eher die Ausnahme. Alle sind der Meinung, dass sich ihre Arbeitsbedingungen mit eigenen Räumen, mehr finanzieller Unterstützung und angemessenen Fortbildungsmöglichkeiten deutlich verbessern würden. Ein Team

Aufbau des Projektes „Repräsentative Beteiligungsformate“

Das Forschungsprojekt wendet unterschiedliche Befragungsmethoden an und gliedert sich in mehrere Phasen. Befragt werden sollen sowohl die Kinder- und Jugendvertretungen selbst als auch ihre Betreuerinnen und Betreuer. Hauptsächlich werden dafür Fragebögen eingesetzt, die online bearbeitet werden sollen.

In der ersten Phase sollen online nur die Betreuerinnen und Betreuer befragt werden. Der dafür nötige Fragebogen war zum Zeitpunkt der Veranstaltung fast fertiggestellt, sollte aber vor der eigentlichen Anwendung noch „vorgetestet“, d.h. auf Fehler und Missverständnisse überprüft werden. Diese Aufgabe haben die mitgereisten Betreuerinnen und Betreuer übernommen.

Die Kinder und Jugendlichen andererseits sollten in einer Art Vorfelderhebung mit ihren Informationen zum Basiswissen des Projektes beitragen. Auf dieser Grundlage soll der zweite, für die nächste Projektphase (terminiert für September 2018) nötige Fragebogen für die Jugendvertretungen selbst entwickelt werden. Die Jugendlichen werden schon früh beteiligt, damit auch wirklich alle wichtigen Aspekte im Fragebogen berücksichtigt werden. In dem Workshop ging es vor allem darum, was in den Jugendvertretungen bisher gut funktioniert, was nervt und was sich verbessern ließe.

Ähnliche Veranstaltungen hat das Forschungsteam bereits in Schleswig-Holstein und in Mecklenburg-Vorpommern durchgeführt.

würde sich auch ein Auto zum Transport seines Equipments wünschen.

Die Jugendvertretung in Wittstock wird nicht direkt von der Stadt, sondern von einem frei getragenen Projekt unterstützt (Demokratiewerkstatt Wittstock/Dosse).

Alle Teams gaben an, dass ihre Betreuerinnen und Betreuer hauptsächlich in strukturellen und organisatorischen Zusammenhängen helfen:

- bei der Planung und Umsetzung von Projekten
- bei rechtlichen Fragen
- bei der Konzentration auf die gesetzten Ziele und Konzepte
- bei der Regelmäßigkeit und Zuverlässigkeit der Zusammenkünfte.

Betreuerinnen und Betreuer sind aber auch Bindeglieder zur Verwaltung und tragen Ideen bei. Und mancherorts stehen sie sogar bei persönlichen Problemen als Vertrauenspersonen zur Seite.

Für die grundsätzliche inhaltliche Einführung in die Tätigkeit als Jugendvertretung und die konkrete Vorbereitung auf politische Termine gibt es keine verbindlichen Konzepte.

Viermal wurde angegeben, dass für die grundlegende oder themenbezogene Qualifizierung Bildungsangebote (Workshops, Trainings und andere) genutzt werden können, manche nennen aber auch nur die regelmäßigen Treffen.

„Anleitung durch Ältere“ - also vielleicht Profis - wurde nur einmal angegeben. Für die Vorbereitung auf anstehende politische Termine, zum Beispiel Ausschusssitzungen, sind die Teams in der Regel auf Einladungen und Tagesordnungen verwiesen.

Einbindung und Rechte

Aus verschiedenen Perspektiven wurde abgefragt, welche Rechte und Einflussbereiche bereits vorhanden sind und wo eine stärkere oder erweiterte Einbindung nötig wäre:

- An welcher Stelle und zu welchen Themen wird eure Jugendvertretung konkret in die Arbeit von Kommunalpolitik und Verwaltung eingebunden?
- An welchen Stellen und zu welchen Themen sollte eure Jugendvertretung in der Kommunalpolitik zusätzlich noch eingebunden werden?
- Welche weiteren Rechte sind noch notwendig, damit eine Jugendvertretung gut funktionieren kann?
- Welche Beteiligungsmöglichkeiten fehlen euch noch?

Die meisten Vertretungen dürfen sich in speziellen Bereichen der räumlichen Stadtplanung beteiligen - zumeist Spielplatz- oder Parkgestaltung. Eine Vertretung hat Zugang zum Sozialausschuss. Eine weitere kann sich aber nur bei konkreten Anliegen einbringen und eine sogar überhaupt nicht. Nur die Rathenower Vertretung ist als „sachkundige/r Einwohner/-in“ in alle Gemeindeausschüsse berufen. Folgerichtig sind die Wünsche je nach den vorhandenen





Zunächst: Spiele zum Kennenlernen

■ Beim „Personenbingo“ kam es darauf an, in möglichst kurzer Zeit möglichst viele Unterschriften von den anderen Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu sammeln. Ganz leicht war es nicht, denn man musste dafür auch ins Gespräch kommen, zum Beispiel über persönliche Vorlieben oder Eigenschaften.

■ Platzwechsel

Für das nächste Spiel kam die gesamte Gruppe wieder im Stuhlkreis zusammen. Alle, die Claudias Fragen mit „ja“ beantworten konnten, wechselten miteinander die Plätze. Die Fragen zum Beispiel: Wer ist schon einmal auf einem Elefanten oder einem Kamel geritten? Einige hatten noch nie im Leben in der Schule eine 6 - vor allem die in der DDR aufgewachsenen Erwachsenen. Dort war die schlechteste Zensur nämlich eine 5. Und nur eine junge Frau hat noch nie im Leben abgeschrieben.

Gegebenheiten sehr unterschiedlich. Diejenigen, die schon länger mitbestimmen dürfen, haben eher konkrete Vorschläge: Zwei Vertretungen wünschten sich das Rede- und Vetorecht in der Stadtverordnetenversammlung, eine darüber hinaus auch in allen Angelegenheiten, die Kitas, Schulen, Horte und Jugendclubs betreffen, andere möchten an sämtlichen Planungsgeschehen beteiligt werden und einige verlangen das Recht, in allen Gremien und Ausschüssen und auch über die Finanzen für den Stadtteifonds mitbestimmen zu dürfen. Ein Team wünscht sich bescheiden nur die Beteiligung an der Spielleitplanung. Und dort, wo es bislang gar keine Rechte und nur wenig Erfahrungen gibt, beschränken sich die Hoffnungen allgemein auf „Beteiligung in den Gremien und Ausschüssen“.

Eine Jugendvertretung kritisierte in diesem Zusammenhang ergänzend, dass sie zu spät und zu wenig konkret über die Vorhaben im Sozialraum informiert wird, um sich ernsthaft eingebunden zu fühlen.

Kooperationen und Ansprechpartner/-innen

Auf die Frage, mit wem die Jugendvertretungen insgesamt zusammenarbeiten wurden einerseits Schulen oder Schulklassen, Horte, die Jugendbildungsstätte Flecken Zechlin oder Verbände und Initiativen genannt, aber auch eine Ministerin und ein Minister, verschiedene Lokal- und Landespolitiker/-innen, kommunale Gremien (insbesondere der Seniorenbeirat) und Behörden (zum Beispiel dem Bauamt).

Grundsätzlich wünschten sich einige mehr oder überhaupt Kontakte zu Politikerinnen und Politikern. Aber auch eine bessere Zusammenarbeit mit Schulen, Horten und Unternehmen schien vielen nützlich - letztere auch wegen möglichen Sponsorings. Eine Vertretung würde

gern mit der AG nach § 78 KJHG zusammenarbeiten. Ähnlich gestalteten sich die Antworten auf die Frage nach den Ansprechpartner/-innen und Unterstützer/-innen in Politik und Gemeindeverwaltung. Hier wurden sowohl lokale Politiker als auch Ämter (z.B. für Bildung, Soziales und Kultur), Amtsdirektoren, Ortsvorsteher und die Stadtjugendpflege genannt. Andere allerdings führten nur ihre Betreuerinnen und Betreuer auf. Wo es, wie in Rathenow, richtig gut läuft, gibt es aus allen oder zumindest aus mehreren Bereichen Ansprechpartner.

Rechtliche Verankerung, Organisation und Zusammensetzung

Zur rechtlichen Verankerung, zur Organisation und zur Zusammensetzung der Vertretungen gab es unterschiedliche Angaben. Dort, wo die Kooperation besonders gut funktioniert, ist das klar geregelt: Das Kinder- und Jugendparlament ist in der Hauptsatzung der Stadt aufgeführt und die Zusammenarbeit mit der/dem Kinder- und Jugendbeauftragten ist verbindlich festgeschrieben. Bei den anderen Vertretungen gibt es nicht so klare Regeln.

Zwei Jugendvertretungen gaben an, neue Interessierte per Flyer und/oder Internet (soziale Medien) anzuwerben. Die Aufnahme neuer Mitglieder wird unter-

schiedlich gehandhabt. Ein Team nennt als persönliche Voraussetzung Interesse und Verlässlichkeit. Die organisatorischen Bestimmungen für die Aufnahme neuer stimmberechtigter Mitglieder sind unterschiedlich: Mancherorts genügen Interesse und Engagement. Andernorts müssen die Interessentinnen und Interessenten an mindestens drei offiziellen Sitzungen teilgenommen haben und/oder von mindestens drei Mitgliedern vorgeschlagen werden. Es gibt aber auch Vertretungen, in denen über die Aufnahme abgestimmt wird. Und in einem Team muss man sogar schon eine Weile in Projekten aktiv gewesen sein.

Die Anzahl der Mitglieder in den Jugendvertretungen variiert zwischen fünf und 20 Kindern und Jugendlichen, die jüngsten sind 13, die ältesten 22 Jahre alt. In einem Team engagieren sich nur Mädchen, in allen anderen sind Mädchen und Jungen zu relativ gleichen Teilen vertreten. Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund sind, wenn überhaupt, zu höchstens fünf Prozent, junge Leute mit Handicap gar nicht darunter.

Zwei Jugendvertretungen kommen mindestens einmal im Monat zusammen, zwei weitere alle 14 Tage. In intensiven Arbeitsphasen, so die Angaben, kann sich die Anzahl der Treffen aber auch erhöhen. Die Sitzungsdauer variiert zwischen 1,5 und drei Stunden.

Verbesserungsvorschläge für die Arbeitsweise gab es nur wenige. Vor allem ging es dabei um konzentrierteres und effektiveres Arbeiten und mehr Mitglieder.

Bei der Unterschriftenjagd gab es viel zu lachen. Wann muss man schon schriftlich bestätigen, dass man unter der Dusche singt?





Das allgemeine Arbeitsklima

Über eine tabellarische Skala konnten die Teilnehmerinnen schließlich das Arbeitsklima in ihren Vertretungen benoten. Dafür wurden Klebepunkte zur Verfügung gestellt. Die vorgegebene Skala reichte eigentlich nur von sehr gut (++) über gut (+) und eher schlecht (-) bis mangelhaft (--). Das war einigen offensichtlich zu undifferenziert, weshalb sie sowohl zwischen „sehr gut“ und „gut“ als auch zwischen „eher schlecht“ und „mangelhaft“ je einen weiteren Wert ergänzt haben.

- Am besten beurteilt wurde die Meinungsfreiheit im Team. In diesem Bereich gab es 13 Punkte für „sehr gut“, einen Punkt für „gut mit Sternchen“, zwei Punkte für „gut“ und ein „befriedigend“.
- Auch der Umgang miteinander wird positiv erlebt. Hier vergaben neun Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Noten „sehr gut“ bis „gut mit Sternchen“, weitere acht wählten „gut“.
- Die Kooperation wird von acht Teilnehmerinnen und Teilnehmern als „sehr gut“ bis „gut mit Sternchen“, von weiteren acht als „gut“ und von einer Person als „eher schlecht“ erlebt.
- Das Vertrauen und die Zuverlässigkeit beurteilten acht Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit „gut“ bis „befriedigend“, fünf mit „sehr gut“ und „gut mit Sternchen“. Drei Teilnehmer/-innen vergaben die Note „eher schlecht“.
- Die allgemeine Bereitschaft zur konzentrierten Arbeit wurde von elf Teilnehmerinnen und Teilnehmern





als „gut mit Sternchen“ oder „gut“ bewertet, sechs weitere fanden sie befriedigend bis eher schlecht.

- Das Engagement wurde im Schwerpunkt mit „gut“ (insgesamt neun Punkte) bis „sehr gut“ und „gut mit Sternchen“ (zwei Punkte) benotet. Sechs Teilnehmer/-innen fanden es „eher schlecht“.

Zusammengefasst: Überall ist die Atmosphäre offen, der Umgang von Respekt geprägt. Es hapert aber an Disziplin und Einsatzbereitschaft, wenn es um die konkrete Arbeit geht.

Gruppeninterviews

Zum Abschluss wurden die Einschätzungen noch einmal in offenen Interviews und eher allgemein zusammengetragen. Dafür wurden die angereisten Teams in drei Gruppen eingeteilt - zwei für die Jugendvertreterinnen und -vertreter und eine für die Betreuerinnen und Betreuer. Fünf Themenbereiche wurden dabei erfragt: Was klappt gut? Was nervt? Worauf kommt es an, wenn ein Gremium sich neu bildet? Wo liegen die Grenzen von Jugendvertretungen? Gibt es Verbesserungsvorschläge?

Was klappt gut?

Das Team aus Senftenberg betonte die gute Kooperation mit Politik und Verwaltung. Es wurde als erstes im Land Brandenburg vor mehr als 15 Jahren gegründet und kann seitdem kontinuierlich arbeiten. Ähnlich lange arbeitet auch das Jugendparlament Rathenow. Auch dort, erklärte eine Sprecherin, laufe alles vorbildlich: „Wir haben hohes Ansehen und sind in vielen Gemeindefräßen vertreten. Die Kooperation mit Politik und Verwaltung ist gut.“ Das Parlament darf außerdem über einen Jugendfördertopf - insgesamt 17.000 Euro - mitbestimmen und erhält darüber hinaus 1.500 Euro zur freien Verfügung.

Das Jugendforum Prignitz profitiert vor allem von der Unterstützung aus Politik und Verwaltung. „Wir werden ernstgenommen, das ist wichtig“, so ein Sprecher. Genauso wertvoll ist dem Team aber auch die gute Kooperation untereinander.

Was ist hinderlich?

Die Vertretung in Senftenberg kämpft eher mit internen Problemen: Es sei oft schwierig, Ziele und Vorgehensweisen zu vereinbaren, weil es in der Diskussion zu wenig Stringenz und zu viele verschiedene Ansichten gebe.

Auch in Prignitz mangelt es manchmal an Koordination. „Dann geht alles durcheinander“, stellte ein Sprecher fest. Besser liefe es aber, wenn ihr Jugendbetreuer anwesend sei.

Aus Rathenow wurde kritisiert, dass die schulischen Anforderungen zu wenig Zeit für Engagement lassen. Schwierig sei zudem, dass politische oder andere Gremiensitzungen zumeist in der Schulzeit stattfänden. Schülerinnen oder Schüler, die sich daran beteiligen wollten, bräuchten dafür eine Freistellung und müssten die Unterrichtsinhalte nacharbeiten. Das sei vor allem für die äl-



teren ein Problem - besonders in der Abizeit -, die aber andererseits die Anliegen überzeugender vertreten könnten.

Ernsthaft gefährdet ist eine Jugendvertretung aber vor allem dann, wenn es zu wenig Unterstützung von Verwaltung und Politik gibt. Die Wittstocker Beiträge zeigten klar, dass Solidarität, Beharrlichkeit und Engagement nur wenig nutzen, wenn die Gemeinde ihre Zusagen nicht einhält - so schon geschehen - und die Zusammenarbeit verweigert. „In Wittstock gibt es“, so eine Teamsprecherin, „kein ernsthaftes Bemühen um Dialog und Kooperation.“

Worauf kommt es an, wenn ein Gremium sich neu bildet?

Zwei Vertretungen betonten, dass bei der Neubildung einer Jugendvertretung kein Druck ausgeübt werden dürfe. In Prignitz zum Beispiel, so das dortige Team, sei es erst nach 1,5 Jahren möglich gewesen, in die reguläre Arbeit einzusteigen, weil allein die Findungsphase schon viel Zeit beansprucht habe.

Auch eine zu starke Formalisierung ist eher hinderlich, wie die Jugendvertretung aus Rathenow sehr nachvollziehbar am Scheitern des Jugendparlamentes in Falkensee illustrierte. Dort nämlich habe die Gemeinde darauf bestanden, dass die Vertretung wie jedes politische Parlament aus einer Anzahl von Kandidatinnen und Kandidaten gewählt werde. Diese Forderung sei nicht zu erfüllen gewesen und habe viele Interessierte abgeschreckt. Es solle deshalb allen Beteiligten klar sein, dass für Jugendparlamente weniger formale Kriterien gelten als für eine Stadtverordnetenversammlung und vor allem keine offiziellen Wahlen nötig seien.

Wichtig war den Rathenowern außerdem, dass der Begriff „Politik“ den interessierten Kindern und Jugendlichen möglichst alltagsnah vermittelt wird. „Viele werden von den hohen Anforderungen, die sie damit verbinden, abgeschreckt“, so eine Sprecherin. „Sie können sich gar nicht vorstellen, dass es schon Politik ist, wenn darüber entschieden wird, ob ein Spielplatz eine neue Rutsche bekommt.“

Für das Team aus Wittstock war es unabdingbar, dass die Stadt einer möglichen Jugendvertretung gegenüber wohlgesonnen ist. „Eine Stadt, die alles abblockt“, wurde festgestellt, „wird kein Jugendgremium erhalten.“



Grenzen von Jugendvertretungen

Abschließend wurde betont, dass auch Jugendvertretungen nicht immer die Meinung aller Kinder und Jugendlichen repräsentieren könnten. Es sei wichtig, sich dessen bewusst zu sein und Kompromisse schließen zu können.